

Bürgerangebote

LinksTreff

kostenlose Beratung zu Hartz IV/Schuldnerfragen sowie Wohnung/Miete/Migration

jeden 1., 2. 3. und 4. Mittwoch 17-19.00 Uhr durch RAe René Wenker, Karl Schwarz, Michael Groß und Herbert Butter

Informationen zu Hartz IV/MigrantInnenreff jeden Donnerstag 17.00 - 19.00 Uhr

kostenlose Hausaufgaben-/Schülerhilfe Anmeldung montags von 16.00 - 19.00 Uhr

Bürgersprechstunde mit dem Bezirksverordneten Kaspar Scholemann jeden 2. Freitag von 16.00 bis 18.00 Uhr

Informationen zur Basisorganisation der LINKEN im Wedding montags bis freitags von 16.00 - 19.00 Uhr

Impressum

uff'n wedding wird im Eigendruck herausgegeben vom LinksTreff Wedding e.V.

Namentlich gezeichnete Beiträge liegen ausschließlich in der Verantwortung der AutorInnen.

V.i.S.d.P.: W. Rietdorf, co. LinksTreff Wedding e.V. Malplaquetstr. 12, 13347 Berlin, Tel. 28 70 57 51

email: uffnwedding@linkstreff.de
web: www.linkstreff.de

Wir freuen uns über Anregungen/Beiträge und Leserbriefe

Veranstaltungen

LinksTreff

Kult(ur) am Sonntag

Sonntag, 24. Mai 2009, 18.00 Uhr
Lieder und Texte von Dieter Süverkrüp
im LinksTreff, Malplaquetstr. 12

Theorie am Montag

Montag, 18. Mai 2009, 19.00 Uhr
Geschichte des Weddinger „Blutmai“
Referent: Kurt Pätzold
im LinksTreff, Malplaquetstr. 12

Mitgliederversammlung der LINKEN im Wedding

Rathaus Wedding R.115 - Neubau
Donnerstag, 28. Mai 2009, 19.00 Uhr
Migration und die Positionen der LINKEN
Referentin: Sevim Dagdelen

DIE LINKE Gesundbrunnen jeden Donnerstag, 19.00 Uhr,

Euler Eck, Eulerstr. 18

Die Veranstaltungen sind öffentlich; Gäste sind immer willkommen!

DenkMalTour

Samstag, 13. Juni 2009, 14.00 - 17.00 Uhr
Das Afrikanische Viertel zwischen Kolonialismus und Arbeiterbewegung
Treffpunkt: Müllerstr./Ecke Afrikanische Straße (U-Bhf.: Afrikanische Straße, U 6)

Veranstalter:

NaturFreunde Berlin, OG Adelante
zusammen mit Helle Panke e.V.

Noch in dieser Ausgabe:

Am 7. Juni: Ihre Stimme für DIE LINKE!	S. 3	Integration und die Rolle der Medien	S.10
Anti-NATO-Proteste in Strasbourg	S. 5	Nichts mehr los am Leo	S.12
Wer fürchtet hier wen?	S. 6	Wir trauern um Bassem Abu Rahme	S.13
Kein Mensch ist illegal	S. 8	Die Wiesenburg	S.14
Weddinger Blutmai	S. 9	Lesung mit Silvia Höhne	S. 15

uff'n wedding

Kiezeitung vom LinksTreff

Solidarität, Demokratie, Frieden – Gemeinsam für den Wechsel in Europa!

Die Europawahlen werfen auch im Wedding ihre Schatten voraus. An immer mehr Straßentafeln sind die Plakate der Parteien zu sehen. Die einen ziehen mit „WUMS“ in den Wahlkampf, die anderen haben Plakate, auf denen sie sagen, warum die anderen Parteien nicht gewählt werden sollen, die dritten plakatieren „Wir sind Europa“.

Nur die Partei die LINKE zieht mit klaren Aussagen in den Wahlkampf zum Europäischen Parlament: „Raus auf Afghanistan“, „Mindestlohn europaweit“ „Millionäre zur Kasse“.

DIE LINKE hat auf ihren Wahlplakaten klare Forderungen aufgestellt. Sie will die ungerechte Verteilung von Reichtum in der Gesellschaft nicht hinnehmen und fordert eine sofortige Erhöhung der Löhne für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und eine deutliche Erhöhung der Hartz-IV-Regelsätze auf 500 Euro.

Als einzige Partei im Deutschen Bundestag hat die LINKE den Vertrag von Lissabon abgelehnt und klagt dagegen vor dem Bundesverfassungsgericht.

DIE LINKE möchte damit erreichen, dass die einseitige Ausrichtung der Europäischen Union auf die Interessen der Großunternehmen und der Banken endlich gestoppt wird.

Alleine unter den ersten 30 KandidatInnen der Bundesliste der LINKEN stehen mit Martina Michels, Ruth Firmenich, Michael Efler und Theresa Maria Thiel vier Kandidaten aus Berlin. Besonders freut DIE LINKE im Wedding, dass mit Ruth Firmenich ein Mitglied der Basis-



organisation Schillerpark auf Platz 13 der Bundesliste der LINKEN für das Europäische Parlament steht.

DIE LINKE im Wedding wird in den nächsten Wochen einen engagierten Wahlkampf im Wedding führen. Wir möchten die Weddingerinnen und Weddinger dafür gewinnen, gemeinsam mit der LINKEN aktiv zu werden und sich für eine gerechtere Gesellschaft einzusetzen. Mit Veranstaltungen und Aktionen werden die Basisorganisationen im Wedding auf die Forderungen DER LINKEN aufmerksam machen.

DIE LINKE setzt sich für eine friedliche Europäische Union ein, in der Kriege geächtet werden und die heutige Militarisierung der EU sofort beendet wird. Europaweit müssen gesetzlich verankerte Mindestlöhne festgeschrieben werden, damit Menschen für ihre Arbeit auch anständig entlohnt werden. DIE LINKE will die Steueroasen austrocknen, weil es nicht akzeptabel ist, dass die Millionäre für ihren zum Teil riesigen Reichtum keine Steuern bezahlen. Wir wollen eine Millionärsabgabe durchsetzen, damit endlich Geld für die Schaffung von Kinderbetreuungseinrichtungen, den Ausbau der Schulen oder für die Finanzierung

der Rente zur Verfügung steht. DIE LINKE im Wedding hat es satt, dass eine kleine reiche Oberschicht in der Europäischen Union immer reicher wird, während Armut und Arbeitslosigkeit zunehmen. DIE LINKE im Wedding will den Menschen eine soziale und friedliche Perspektive geben. Sie will, dass die Verursacher der derzeitigen Weltwirtschaftskrise endlich auch für ihre Fehler selbst bezahlen müssen.

Die heutige EU gibt riesige Geldsummen dafür aus, um die Militarisierung der EU massiv voranzutreiben. Damit wollen die Herrschenden die Außen- und Sicherheitspolitik der EU immer weiter auf die Energie- und Rohstoffreserven der Welt ausrichten. Die Parteien in der Europäischen Linkspartei sind die einzigen, die sich dieser ständig zunehmenden Militarisierung der EU entgegenstellen.

Am 7. Juni gibt es viele Gründe, zur Wahl zu gehen und der Partei DIE LINKE Ihre Stimme zu geben. DIE LINKE im Wedding möchte Sie einladen, gemeinsam mit ihr für ein friedliches, soziales, demokratisches und ökologisches Europa zu streiten. Werden Sie gemeinsam mit der LINKEN aktiv und geben Sie der LINKEN am 07. Juni Ihre Stimme!



Kiez-Geschichte(n):

Silvia Höhne liest aus „Barrikaden am Wedding“



Es war ein bewegender Abend. Klaus Neukrantz schildert in seinem Roman „Barrikaden am Wedding“ in bewegenden Worten die Situation in den Tagen um den Weddinger Blutmai von 1929. Er zeigt das Elend und die Not der Arbeiterfamilien im Wedding auf und führt uns in die Welt der klassenbewussten Arbeiter. Silvia Höhne hat mit ihrer beeindruckenden Lesung bei allen Anwesenden einen bleibenden Eindruck hinterlassen. Die Kraft der Solidarität und der Wille, sich gegen Ungerechtigkeit zu wehren, wurden durch die Kraft des Wortes für alle fühlbar.

Für sichere Arbeitsplätze und soziale Gerechtigkeit

Die Wirtschaftskrise bedeutet für die Mehrheit der Menschen: steigende Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Lohnkürzungen, längere Arbeitszeiten und Sozialabbau. Hunderttausende haben in Deutschland bereits ihren Arbeitsplatz verloren oder sind auf Kurzarbeit.

Die Konjunkturpakete der Bundesregierung sind eine weitere Umverteilung von unten nach oben. Milliarden werden für die Profite der Banken und Konzerne ausgegeben. Die Zeche dieser Politik von Merkel und Steinmeier sollen aber die Beschäftigten, Rentner/innen, Schüler/innen, Studierenden und Erwerbslosen bezahlen.

Für einen grundlegenden Politikwechsel muss jetzt Gegenwehr auf der Straße und in den Betrieben organisiert werden. Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) ruft für den 16. Mai zu einer bundesweiten Demonstration in Berlin auf. Der DGB fordert: „Die Krise

bekämpfen. Sozialpakt für Europa! Die Verursacher müssen zahlen“.

DIE LINKE unterstützt die Gewerkschaften im Kampf um Arbeitsplätze, Arbeitszeitverkürzungen, Lohnerhöhungen und mehr Mitbestimmung in den Betrieben.

Mischa Olbrisch, DIE LINKE im Wedding

16. Mai .2009, 11:30-16:00 Uhr:

DGB-Demo zu den EGB-Aktionstagen für ein soziales Europa

Hauptkundgebung 14.00 Uhr, Siegestsäule. Treffpunkte und Kundgebungsauftakt - ab 11.00 Uhr - Breitscheidplatz und Hauptbahnhof.

Die Demonstration ist Teil der Aktionstage des Europäischen Gewerkschaftsbundes.

Obdachlosigkeit im Wedding: Die Wiesenburg

Die zunehmende Industrialisierung führte in Berlin Ende des 19. Jahrhunderts zur Zuwanderung von immer mehr Arbeitskräften, die so wenig verdienten, dass sie sich keine Unterkunft leisten konnten. 1868 übernachteten im städtischen Arbeitshaus und im Polizeigewahrsam mehr als 17.000 Menschen. 1872 kam es zu Unruhen, als die Polizei eine wilde Barackensiedlung vor dem Kottbusser Tor räumte. Seuchen nahmen ihren Ausgang in den Elendsvierteln und verbreiteten sich von da aus in der ganzen Stadt.

Einige bekannte Persönlichkeiten, wie Rudolf Virchow und August Borsig, gründeten 1868 den „Berliner Asylverein“, der den Neubau des Obdachlosenheims in der Wiesenstraße 55-59 finanzierte. Die sog. Wiesenburg, Wiesenstraße 55, wurde 1896 nach Plänen des Architekten Georg Toebelemann gebaut.

Im Vorstand des Vereins war u. a. der Sozialdemokrat Paul Singer, 1884 bis 1911 Mitglied des Reichstages (beigesetzt 1911 auf dem Sozialistenfriedhof in Friedrichsfelde).

Es gab ein Männer- und später auch ein Frauenasyl mit fast 900 Betten für Männer und 400 Plätzen für Frauen. Jedes Jahr übernachteten dort über 300.000 Menschen. Mit seinen hygienischen Standards und einer ökologisch ausgefeilten Bauweise war es das modernste Obdachlosenheim seiner Zeit.

Auch damals schon kam es zu Protesten der Anwohner gegen den Asylverein:

„Juden und Sozialdemokraten wird nichts bewilligt“, so lautete z. B. eine Reaktion auf den Spendenaufruf des Asylvereins.

Oberstes Prinzip war die Anonymität: Der Polizei war der Zutritt zu dem Gelände verwehrt. 1926 jedoch schloss der Vorstand einen Nutzungsvertrag mit dem Magistrat der Stadt Berlin ab, woraufhin die Polizei dann doch Zutritt zum Gebäude erhielt.

1935 wurde das Wohnheim geschlossen und die Räume für die Rüstungsproduktion genutzt.

Weite Teile der Gebäude sind seit einem Bombenangriff im Jahre 1945 stark beschädigt, andere im Laufe der Zeit verfallen. Bewohnbar ist heute nur noch das so genannte Beamtenhaus.

Der Schriftsteller Hans Fallada, der diese Zeit in sei-

nem Roman: „Wer einmal aus dem Blechnapf frisst“, beschrieb, kannte die Wiesenburg aus eigener Erfahrung.

Am 1. März 2009 ist die neue „AV Wohnen“ in Kraft getreten. Darin ist festgelegt, welche Miethöhe bei Hartz IV-Empfängern als angemessen zu gelten hat. Bei Überschreitung drohen Zwangsumzug und Obdachlosigkeit. Zehntausende sind in Berlin bereits obdachlos.

Wer baut die nächste „Wiesenburg“?

Das Recht auf bedarfsgerechten Wohnraum ist keine Gnade, sondern ein Grundrecht.

Brian Janßen, DIE LINKE im Wedding



Am 7. Juni: Ihre Stimme für DIE LINKE!

DIE LINKE will eine andere Europäische Union. Eine Union, die sich zuallererst für die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und der sozial und ökonomisch benachteiligten und ausgegrenzten Menschen einsetzt.

DIE LINKE will eine Europäische Union, in der die Würde des Menschen, unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Religion, Alter oder sexueller Identität geachtet und verteidigt wird.

DIE LINKE will eine Europäische Union, in der die Interessen der Menschen und nicht

die Interessen der Großunternehmen und Banken im Mittelpunkt der Politik stehen.

DIE LINKE will eine Europäische Union, in der sozialer Fortschritt und ökologischer Strukturwandel befördert werden.

DIE LINKE will eine europäische Verfassung, die von den Menschen in einer europaweiten Volksabstimmung beschlossen werden muss.

Wir bitten Sie: Gehen Sie am 7. Juni zur Wahl. Wählen Sie die LINKE.

On 7 June: Vote for DIE LINKE!

DIE LINKE wants a different European Union, which above all represents the interests of workers and socially and economically deprived and excluded people.

DIE LINKE wants a European Union in which the value of people, is respected and defended, irrespective of their background, sex, religion, age, or sexual orientation.

DIE LINKE wants a European Union in which

the focus of politics is the interest of people, not the interests of big business and the banks.

DIE LINKE wants a European Union in which social progress and ecological development are promoted.

DIE LINKE wants a European constitution that must be agreed to by the people in a Europe-wide vote.

On 7 June, go and vote. Vote for DIE LINKE.

7 Haziran'da oyunuzu, Die LINKE' ye verin !

Die LINKE (Sol Parti), bambaşka bir Avrupa Birliđi istiyor.

Die LINKE (Sol Parti), işçi ve emekçilerin çıkarlarını öne çıkaran ; ekonomik ve sosyal dışlanan insanların yanında yer alan, bir Avrupa Birliđi istiyor.

Die LINKE (Sol Parti), milliyet, cinsiyet, din, yaş ve cinsî kimlikten bağımsız, insan onuru ve gururuna saygılı olunan ve bu çeşitliliklerin korunduđu bir Avrupa Birliđi istiyor.

Die LINKE (Sol Parti), bankaların ve büyük sermayenin deđil, tüm insanların menfaat ve çıkarlarını merkezine koyan bir Avrupa Birliđi istiyor.

Die LINKE (Sol Parti), sosyal ilerleme ve yapısal ekolojik deđişiklikleri içinde barındıran bir Avrupa Birliđi istiyor.

Die LINKE (Sol Parti), bu kıtada yaşayan tüm insanların, Avrupa çapında yapılacak bir "Halk Oylaması " sonucunda kabul edecekleri, bir Avrupa Anayasası istiyor.

Yukarıda sıralanan talepler, sizin de taleplerinizse, **7 Haziran** da oylarınızı, Die LINKE'ye (SOL'a) bekliyoruz.

Links wählen in Europa!

Am 7. Juni ist Europawahl.

Ein wichtiger Termin - denn Brüssel spielt eine wichtige Rolle auch für Politik in Deutschland.

So ist die EU maßgeblich dafür verantwortlich, dass Arbeitsmärkte immer weiter flexibilisiert werden.



Was dies bedeutet, sehe ich in Brüssel jeden Tag. Ich arbeite seit sechs Jahren im Europäischen Parlament und bin dort Vorsitzende der Vereinigung der parlamentarischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Viele arbeiten seit Jahren ohne soziale Absicherung, manche sogar ohne Krankenversicherung, oft als Scheinselbständige und zu miserablen Löhnen. Nun endlich, nach jahrelangem Druck, ist eine Neuregelung mit klaren Rechten beschlossen worden! Das ist ein großer Erfolg und zeigt, wie wichtig es ist, Widerstand zu leisten!

Was für Brüssel gilt, gilt überall. Gerade in der jetzigen Krise, wo Millionen von Arbeitsplätzen in Gefahr sind und viele Menschen von Armut bedroht sind.

Notwendig ist eine Neuorientierung der Politik! DIE LINKE steht für Ausgleich und Umverteilung, für eine strikte Kontrolle der Finanzmärkte und gerechte Steuern.

Wir wollen sichere und gute Arbeitsplätze schaffen - auf der Basis von Mitarbeiterbeteiligung, bindenden Sozialstandards und europaweiten Mindestlöhnen.

Öffentliche Dienstleistungen müssen für alle Menschen unabhängig vom Einkommen gesichert sein.

Am 7. Juni geht es darum, für eine andere, linke Politik zu stimmen - für ein soziales, gerechtes und solidarisches Europa für alle hier lebenden Menschen!



Ruth Firmenich, Kandidatin der LINKEN für die Europawahl 2009

Fördermitglied werden

Der **LinksTreff Wedding e.V.** tritt für die Prinzipien der Freiheit und Würde des Menschen, für Demokratie und Humanismus in allen Belangen der Bevölkerung ein, insbesondere der BürgerInnen der Stadtteile Wedding und Gesundbrunnen.

Gerne senden wir einen Fördermitgliedschaftsantrag zu. (Mitgliedsbeitrag ab 5 Euro) Einzelspenden sind selbstverständlich jederzeit willkommen. LinksTreff Wedding e.V. Berliner Sparkasse BLZ 100 500 00 Kto. 660 308 77 13

Wir trauern um Bassem Abu Rahme

Am 17. April 2009 wurde Bassem Abu Rahme, Mitglied des Bürgerkomitees von Bil'in, von der israelischen Armee getötet. Er wurde gerade 30 Jahre alt.

Bassem Abu Rahme war Bewohner des palästinensischen Dorfes Bil'in. Die Bewohner von Bil'in demonstrieren seit Februar 2005 jeden Freitag gewaltfrei, kreativ und gemeinsam mit israelischen und internationalen AktivistInnen gegen die Mauer, die das Dorf von fast 60 Prozent seines Landes abschneidet. Der Internationale Gerichtshof in Den

Erst am 13. März war der US-amerikanische Aktivist Tristan Anderson von einem ähnlichen Trängengaskanister lebensgefährlich am Kopf verletzt worden. Vor Bassem Abu Rahme wurden bereits 17 andere Palästinenser, davon zehn Minderjährige, bei gewaltfreien Protesten gegen die Mauer von israelischen Streitkräften getötet.

2008 wurden dem Palästinensischen Popular Committee of Bil'in (Bürgerkomitee des Dorfes Bil'in) und den „Anarchists Against the Wall“ (Anarchisten gegen die Mauer) die



Haag hat die Mauer für illegal erklärt. Selbst das Höchste Gericht in Israel hat wiederholt entschieden, dass der Verlauf der Mauer nicht auf Sicherheitskriterien, sondern auf den Ausbauplänen der israelischen Siedlung Modiin Illit basiert.

Bassem wurde mit einem Hochgeschwindigkeits-Trängengaskanister in die Brust geschossen. Berichten zufolge befand sich Bassem auf einem Hügel an der Seite anderer DemonstrantInnen, als aus ca. 40 Meter Entfernung die Soldaten das Feuer eröffneten.

Carl-von-Ossietzky-Medaille verliehen.

Auf der Kundgebung in Berlin gab es z. T. sehr bewegende Redebeiträge u. a. von Sophia Deeg, Friedensaktivistin, Nick Braun (Junge Welt) und VertreterInnen von medico international, Anarchists against the wall, Attac, Jüdische Stimme für gerechten Frieden und der Internationalen Liga für Menschenrechte.

Widerstand gegen Besetzung ist gerechtfertigt. Keine deutschen Waffen nach Israel - und auch sonst nirgendwohin!

Naturfreunde OG Adelante

Es ist wieder Markt am Leo

Freudige Mitteilungen haben die Weddinger vor wenigen Tagen bekommen. Der Markt am Leo geht vorerst weiter. Das bunte Treiben ist endlich wieder auf den Leopoldplatz zurückgekehrt. Erst vor Gericht konnte durchgesetzt werden, dass die Kündigung für die bisherigen Händler zurückgenommen wurde. Den



Händlern war die Genehmigung zur Durchführung ihrer Marktstände bis auf weiteres entzogen worden. Nun hatte der Betreiber vor dem Verwaltungsgericht gegen den Bezirk geklagt - und gewonnen.

Die bisherigen Händler, dreizehn insgesamt, saßen seit 01.04. zu Hause und hatten kein Einkommen mehr. Viele hatten Existenzsorgen. Das Vorgehen des Be-

zirksantes hatte auch DIE LINKE im Wedding für nicht akzeptabel gehalten. Der Wochenmarkt und auch der Trödelmarkt am Samstag sind wichtige Anlaufpunkte für viele Weddinger. DIE LINKE im Wedding freut sich deshalb, dass im Interesse der Händler, aber auch der vielen Kundinnen und Kunden, die auf den Märkten auf dem Leopoldplatz eingekauft haben, die Märkte wieder stattfinden.

Gleichzeitig hofft DIE LINKE im Wedding, dass der Grundstückseigentümer, die Nazareth-Kirchengemeinde in Zukunft für einen reibungslosen Ablauf des für den Wedding wichtigen Marktes sorgen kann.

Uwe Hixsch, DIE LINKE im Wedding

Anzeige

*Ihr freundlicher Lieferservice,
Partyservice, Hauslieferung, Gastronomieservice*

GETRÄNKE
NORD 

Telefon 030 - 461 27 49
www.getraenke-nord-berlin.de
Neue Hochstraße 30 • 13347 Berlin

Öffnungszeiten: Montag bis Freitag von 9.00 bis 20.00 Uhr
Sonnabend von 9.00 bis 18.00 Uhr

Weddinger LINKE bei den Anti-NATO-Protesten in Strasbourg

Vor zehn Jahren bombardierte die NATO Serbien. Inzwischen stehen NATO-Kriege wie selbstverständlich auf der Tagesordnung. US-Präsident Barack Obama kündigte gerade erst an, 21.000 weitere Soldaten nach Afghanistan zu schicken, die Bundesregierung will ihr Kontingent um 600 Mann aufstocken.

Auf dem Gipfeltreffen am 3. und 4. April in Strasbourg beschlossen die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsstaaten, ein neues strategisches Konzept zu erarbeiten, das das weltweite militärische Eingreifen noch einfacher macht.

Mit vier Bussen, zwei davon durch die LINKE organisiert, brachen wir am Abend des 3.4. nach Strasbourg auf, um dagegen zu protestieren.

Im Morgengrauen erreichten wir die Grenze; dort wurden alle vier Busse auf einen Parkplatz dirigiert. Wir durften den Bus nicht verlassen; selbst ein Gang zur Toilette wurde uns verwehrt. Alle Ausweise wurden eingesammelt und telefonisch überprüft. Die meisten in unserem Bus erhielten nach ca. 1 Stunde ihren Ausweis zurück - einige wurden allerdings aufgefordert, auszusteigen. Wir durften schließlich weiterfahren und „machen, was wir wollen“. Was wir wollten, war, gemeinsam mit denjenigen, denen die Ausreise verwehrt wurde, nach Strasbourg zu fahren. Nach stundenlangen Verhandlungen gelang das dann auch.

Wir gelangten in den Norden von Strasbourg und machten uns zu Fuß auf den Weg in Rich-

tung Kundgebungsort. Sämtliche Straßen, die in die Innenstadt führten, waren gesperrt und wer es wagte, näher zu kommen, wurde sofort mit Tränengas beschossen. So zogen wir durch belebte Straßen, mit Transparenten und Parolen gegen die NATO. Wir wurden immer mehr, ca. 600 Menschen waren schließlich unterwegs.



Im Hafengebiet begegneten wir einem Demonstrationzug, dem wir uns anschlossen. An einer Eisenbahnbrücke stoppte die Polizei den Demonstrationzug: Hinter der Brücke stand ein Hotel in Flammen. Wir waren eingekesselt. Uns gelang es, über die Bahngleise und durch Hinterhöfe zu entkommen. Doch die Europabrücke war gesperrt, über 6.000 Demonstranten, die in Kehl aufgebrochen waren, standen auf der anderen Seite. Und überall Polizei und Wasserwerfer; selbst aus dem Gebüsch ragten die Helme von Polizisten.

Gegen Abend machten wir uns auf den Weg nach Strasbourg, gerieten dabei in Polizeikontrollen, wurden durchsucht und gefilmt, auf einem Platz zusammengetrieben, von schwerbewaffneten Polizisten „begleitet“. Es gelang uns schließlich, über den „temporär geöffneten Grenzübergang“ Europabrücke nach Kehl zu den dort wartenden Bussen zu kommen.

Insgesamt 25.000 schwerbewaffnete deutsche und französische Polizisten verwandelten Baden-Baden, Kehl und Strasbourg eine Woche lang in Hochsicherheitszonen. Grenzkontrollen wurden wieder eingeführt, Grundrechte eingeschränkt und zahlreiche Menschen drangsaliert.

Wir haben eine Ahnung davon bekommen, was es bedeutet, wenn die NATO „unsere Freiheit“ verteidigt. Wir wurden nicht mit scharfen Waffen beschossen, über uns luden keine Bomber ihre tödliche Last ab - das geschieht

Wer fürchtet hier wen?

Los geht's am 3.4., abends um 22 Uhr. Die Busfahrt verläuft ohne Zwischenfälle, bis die Fahrt von der Polizei unterbrochen wird und die Fahrer aufgefordert werden, zwecks Kontrolle der Businsassen anzuhalten. Das ist schon ganz nahe der französischen Grenze. Die Kontrollen dauern insgesamt fast vier Stunden. Einigen unserer Freunde wird ohne Angabe von Gründen die Ausreise verweigert. Sie müssen sich um Lauf des Tages zu Fuß auf den Weg nach Kehl machen. Ein Treffpunkt wird vereinbart, damit es mit der Rückreise klappt und niemand verloren geht. Etwa um 12:30 Uhr sind wir in Strasbourg.

Als wir aus den Bussen aussteigen, begegnen wir vielen anderen, die an der Demo teilnehmen möchten. Niemand weiß so recht, wo es langgeht. In welche Straßen auch immer versucht wird, einzubiegen, sie sind alle abgesperrt und wir werden mit Rauchbomben und anderen Geschossen „empfangen“.

Man entscheidet sich dafür, am äußeren Ring der Stadt entlang, eine ermüdend weite Strecke, zu gehen.

Da die Abschlusskundgebung um 13 Uhr beginnen soll, ist es uns nicht möglich, daran teilzunehmen.

in Afghanistan, Pakistan, Irak zur „Aufstandsbekämpfung“. Wir waren keine Aufständischen.

Das Chaos, die Unruhe, die Blockade Strassbourgs – das war das Werk der Gewalt in staatlicher Uniform. Der Einsatz sollte abschrecken und kriminalisieren. Das ist nicht gelungen.

Brian Janßen, DIE LINKE im Wedding

Am Ort angekommen, wo die Kundgebung stattgefunden haben muss, sehe ich nichts als Verwüstungen. Eine große Gruppe schwarzgekleideter Jugendlicher hat sich einen Transporter der Polizei, dessen Tür zur Ladefläche offen ist, als Angriffsziel gewählt. Ich kann des-



halb die riesigen Tränengasgranaten, welche eventuell zum Einsatz kommen sollen, dort liegen sehen. Die Wut ist groß. Mit Stöcken schlagen sie auf das Fahrzeug ein und Steine werden ins Innere des Wagens geschleudert.

Ich möchte zurückgehen, aber immer mehr Demonstranten strömen heran. Doch dann schaffe ich es und bin wieder raus aus dem Kessel. Ich setzte mich abseits auf eine Wiese, um kurz auszuruhen. Die Leute aus meinem Bus habe ich schon vor geraumer Zeit verloren.

Bild von den MigrantInnen in Deutschland. Bei der Begriffswahl und Sprache in den Migrationsberichten herrschte keine Sensibilität. MigrantInnen werden häufiger mit Kriminalität und Gewaltdelikten in Verbindung gebracht als Deutsche. Sie werden häufiger in Zusammenhang mit Kosten genannt, die sie



den Deutschen aufbürden und als Fremdkörper dargestellt. Sie erscheinen als Bedrohung.

Häufig wird pauschal über Moscheebauten in Parallelgesellschaften, über unterdrückte Frauen mit Kopftuch und Zwangsehen, über Schläfer und Hassprediger berichtet. Falsche Angaben und Zahlen bekräftigen dieses Bild.

Danke, Berlin!

Religion bleibt freiwillig.

Die Mehrheit der Berlinerinnen und Berliner erteilten der Einführung eines staatlichen Wahlpflichtfaches Religion eine klare Absage und stimmten für die Beibehaltung des gemeinsamen Ethikunterrichts.

Insgesamt waren rund 2,45 Mill. Berlinerinnen und Berliner stimmberechtigt. In Mitte

Die Medien haben bis heute im Großen und Ganzen ihren Beitrag zur Integration nicht geleistet und sind vor allem Sprachrohr der wahren Integrationsunwilligen. Die meisten Integrationsbemühungen der MigrantInnen werden bis heute durch Negativdarstellungen torpediert.

Es liegt auch – sogar zu einem nicht zu unterschätzendem Teil – an den Medien, wie die Integration der MigrantInnen in Deutschland voranschreitet. Sie beeinflussen die Akzeptanz der MigrantInnen durch die Aufnahmegesellschaft und nehmen dadurch den Rechten den Wind aus den Segeln.

Das Superwahljahr 2009 steht vor der Tür und wir MigrantInnen hoffen, dass auch die Medien an einer aus-

gewogenen Berichterstattung interessiert sind und nicht – wie schon so oft zu Wahlkampfzeiten – mitwirken, rassistische Einstellungen in der Bevölkerung zu produzieren und zu stabilisieren und damit eine Mit-Verantwortung am Erstarken rechter Parteien tragen.

Arslan Yilmaz, DIE LINKE im Wedding

stimmten 55 Prozent mit Nein, an der Wahl beteiligten sich lediglich 24,3 Prozent der Wahlberechtigten.

**Wir sagen:
Danke, Berlin!**



Integration und die Rolle der Medien

In den letzten Monaten wurden zwei Studien über MigrantInnen veröffentlicht, die zu gegensätzlichen Ergebnissen kamen. Während die Studie des „Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung“ den „Türkischstämmigen“ in Deutschland „Integrationsunfähigkeit“ bescheinigt, stellte die Studie von „Sinus Sociovision“, die von der Antidiskriminierungsstelle des Bundes am 2. April offiziell vorgestellt wurde, deren Befunde und Analyse infrage.

In der Berliner Studie, in der die Problematik sehr pauschal und undifferenziert behandelt wird und die außerdem statt auf „Integration“ in Wirklichkeit auf „Assimilation“ abzielt, werden insbesondere die türkischen MigrantInnen als in die deutsche Mehrheitsgesellschaft integrationsunwillig herausgestellt. In ihren Schlussfolgerungen geht diese Studie davon aus, dass die Gründung von Parallelgesellschaften, die Beibehaltung der kulturellen Besonderheiten und unterschiedlichen Lebensweisen, die Religion, die angeblich nicht zu den Grundwerten der deutschen Mehrheitsgesellschaft passt, Hauptursache für

die Integrationsunfähigkeit der Menschen mit Migrationshintergrund sei.

Weiter geht diese Studie davon aus, dass der hohe Anteil von Schul- bzw. Ausbildungsabrechern (30 Prozent), der geringe Abiturerwerb (14 Prozent), wenig Interesse an der deutschen Staatsangehörigkeit (32 Prozent) und geringe Anzahl von Eheschließungen zwischen Menschen verschiedener Herkunft Hinweise auf eine fehlende Integrationswilligkeit seien.

Ohne Faktoren, wie Chancenungleichheit, Benachteiligungen und hohe Hürden, die der Realisierung dieser Punkte im Wege stehen, zu berücksichtigen, werden die Opfer in dieser Studie zu Tätern gemacht.

Die Studie von „Sinus Sociovision“ dagegen beleuchtet das Leben der MigrantInnen in Deutschland von einer ganz anderen Seite: In Deutschland besteht auch heute noch wenig Interesse, sich mit der Diskriminierung von Minderheiten zu befassen. Nur 15 Prozent sind ernsthaft daran interessiert, dagegen vorzugehen. Ansonsten bleibt es bei Lippenbekenntnissen oder man ist sogar froh, scheinbar privilegiert zu sein.

Das Bild, das in Deutschland von MigrantInnen herrscht, ist häufig klischeebehaftet und einseitig. Was Integration angeht, spielen die Medien eine sehr wichtige Rolle. Sie können Vorurteile in der Gesellschaft verstärken oder abbauen, wenn sie möchten.

Trotzdem zeichneten die Medien lange Zeit kein objektives, differenziertes

Ich beschließe, mich allein auf den Weg nach Kehl zu begeben. Vor dort ist die Rückfahrt der Busse nach Berlin geplant. Unterwegs begegne ich zum Glück drei Leuten aus meinem Bus.

Zu viert schlagen wir den Weg nach Kehl ein, vorbei an dem brennenden Hotel. Löscharbeiten sind im Gange. Als wir uns der Europabrücke nähern, sehen wir, dass diese hermetisch von der deutschen Polizei abgeriegelt ist. Gemeinsam begeben wir uns zum Rheinufer, beobachten die Szenerie und ruhen nochmals ein wenig aus. Wir teilen, was wir dabei haben: Studentenfutter, Würstchen und etwas zu trinken.

Ich zähle die Wasserwerfer, welche auf der Europabrücke stehen. Es sind acht! Wenn ich das nicht mit eigenen Augen sehen würde - kaum zu glauben. Zu beiden Seiten der Brückengeländer sehe ich enorm viele Polizisten. Insgesamt führen vier Brücken über den Rhein, alle sind gesperrt, ein Rüüberkommen auf die deutsche Seite ist unmöglich!

Dann sehe ich, wie acht Feuerlöschzüge über die Europabrücke Richtung Kehl fahren. Warum, wo doch der Brand noch gar nicht gelöscht ist? Ich finde das merkwürdig.

Ich kraxele die Böschung hoch und frage die Polizisten, ob sie wüssten, wann die Brücke wieder passierbar sein würde. Sie wissen es nicht oder wollen es nicht sagen. Mit diesem Bescheid gehe ich zu den anderen und wir

beschließen, in die Innenstadt Strasbourgs zu gehen. Nach einigen Hundert Metern stellen wir fest, dass der Weg dorthin inzwischen ebenfalls abgeriegelt ist. Also wieder zurück zur Europabrücke, ausharren und abwarten. Dann kommt Christian Ströble, ein bekannter Rechtsanwalt, um mit der Polizei zu verhandeln. Einige Zeit vergeht noch, dann lässt man uns, als erste Gruppe, die Brücke passieren. Dann erfolgt wieder eine Abriegelung. Wir werden gefilmt bzw. fotografiert. Auf der Brücke sieht es aus, als hätte eine kriegerische Schlacht getobt!

In Kehl warten auf die anderen. Erst um 0:30 Uhr können die Busse die Heimreise antreten, denn erst zu diesem Zeitpunkt sind die letzten Demoteilnehmer aus Strasbourg eingetroffen.

Fazit: In Kehl prangte beim Großunternehmen BAHN ein herzlicher Willkommensgruß für Angie, Sarkozy und Obama, allesamt Interessenvertreter der großen Kapitaleigner weltweit, welche sich das Recht herausnehmen, in vielen Regionen der Erde zusammen mit dem verbündeten und gleichzeitigen Rivalen USA über Krieg oder Frieden zu entscheiden. Sie haben uns in Gruppen zersprengt, sind mit Tränengas, Rauchbomben, Gummigeschossen, Schockgranaten und Wasserwerfern gegen den international organisierten Protest von NATO-Gegnern vorgegangen.

Wer fürchtet hier wen? War es eine Niederlage für uns? Ich finde nein, denn der Mut aller Demoteilnehmer war großartig! Furcht erregend ist es allerdings schon, zu sehen, über welches Ausmaß an Gewaltmitteln und Kontrolltechnik sie verfügen. Dagegen hilft nur eins: das Kräfteverhältnis ändern! Das ist nicht neu und uns allen bewusst. Die Menschheit steht an einem Scheideweg, der da heißt:

„Sozialismus oder Barbarei?“

Erika Wegener, DIE LINKE im Wedding

- Anzeige -

Nein zum Krieg - Ja zum gerechten Handel

Schöner Schmuck, Schnitzereien, Buddhas, Cubita-Kaffee und viele weitere Geschenke aus fairem Handel.

Durch bewußtes kaufen können Sie den fairen Welthandel unterstützen.

www.eine-welt-import.de

Fordern Sie unseren Prospekt an:
Eine-Welt-Import GmbH, Eiswerderstr. 18,
13585 Berlin
e-mail: info@eine-welt-import.de

- im Wedding liefern wir versandkostenfrei -



United Globes



Buddhas



Cubita-Kaffee

Kein Mensch ist illegal

Am 8.4.2009 sprach Ulla Jelpke, MdB, auf Einladung der LAG FiP Berlin über „Migrationspolitik in Deutschland“. Ihr Vortrag war Anlass und Anregung für diesen Artikel.



Die Bundesrepublik Deutschland hat bereits mit einer ganzen Reihe von Staaten sogenannte „Abkommen zur Erleichterung der Rückkehr ausreisepflichtiger Ausländer“ abgeschlossen. Wer nicht „freiwillig“ ausreist, wird abgeschoben. Aber auch, wer staatenlos ist, kann abgeschoben und sogar „durchbefördert“, also weitergeschickt werden in so genannte „Drittstaaten“. Seit 3.1.2009 ist das Abkommen mit Syrien in Kraft. Syrien hat die Genfer Flüchtlingskonvention nicht unterschrieben. Wer nach Syrien abgeschoben wird, muss mit Gefängnis und Folter rechnen und um sein Leben fürchten. Ca. 8.350 Flüchtlinge, meist Kurden, die z. T. schon seit etlichen Jahren in Deutschland leben, sollen dennoch demnächst nach Syrien abgeschoben werden.

„DIE LINKE lehnt diesen Völkerrechtsbruch entschieden ab. Die Abschiebung von Flüchtlingen und Staatenlosen in Staaten wie Syrien widerspricht den internationalen Übereinkommen. Indem das Rückübernahmeabkommen genau solche Abschiebungen erleichtert, hebt es diese Übereinkommen aus und verstößt gegen das Völkerrecht.“ (U. Jelpke)

Nach dem 1. Weltkrieg wurde Kurdistan unter den vier Staaten Türkei, Iran, Irak und Syrien aufgeteilt. Damit sind heute über 3 Millionen Kurden syrische Staatsbürger (15 Prozent der syrischen Bevölkerung). In den 60er und

70er Jahren wurde im Rahmen des sog. „Projekt des Arabischen Gürtels“ entlang der Grenze zur Türkei ein 15 km tiefer und 375 km langer in syrisches Gebiet hineinreichender Streifen Land geschaffen, aus dem die ansässigen Kurden aus- und regimetreue arabische Wehrbauern angesiedelt wurden. 1962 wurde bei einer „Ausnahmevolkszählung“ ca. 120.000 Kurden die syrische Staatsangehörigkeit aberkannt. Mittlerweile sind es ca. 450.000 Menschen, die keinerlei staatsbürgerliche Rechte mehr haben, deren Kinder im Schul- und Ausbildungsbereich benachteiligt werden, die keine Immobilien und Maschinen besitzen, nicht an Wahlen teilnehmen, keiner Gewerkschaft angehören dürfen.

1986 wurde die kurdische Sprache an den Arbeitsstellen verboten, 1994 mussten kur-

Herbert Butter

Rechtsanwalt

Ausländer-Recht

VersicherungsR

FamilienR

SozialR

allgem. ZivilR

Badstraße 30

13357 Berlin-Wedding

Tel.: 030/493 60 55

Fax: 030/ 493 83 83

www.ra-butter.de

Anzeige

dischen Geschäfte und Handwerksbetrieben schließen, die einen kurdischen Namen trugen. 2004 kam es am Rande eines Fußballspiels zu Übergriffen gegen das kurdische Volk. Der Präsidentenerlass Nr. 49 vom 10.09.2008 legt fest, dass es in den Grenzgebieten (die ganze Provinz Hasaka wurde als Grenzgebiet erklärt) keine Eintragungen in Grundbücher mehr geben darf, Grundbesitz zukünftig weder gekauft noch verkauft noch an gesetzliche Erben übertragen werden darf, ohne Genehmigung und Zustimmung der Sicherheitsbehörden. Davon betroffen ist vor allem die kurdische Bevölkerung, aber auch die assyrisch-aramäische Bevölkerung in den drei an der türkisch-syrischen Grenze liegenden Gouvernements.

Für die in Syrien herrschende Diktatur bedeutet die Unterzeichnung des Rückübernahmeabkommens mit Deutschland einen Ausweg aus ihrer internationalen Isolation, während die EU die „Festung Europa“ ausbaut: Allein von 2006 auf 2007 wurde das Budget der Grenzschutzagentur FRONTEX von 17 auf 70 Millionen Euro aufgestockt. Leichen-

berge, Tausende Tote vor den Küsten Europas sind die Folge.

Die EU hat 2002 ein „Rückführungsaktionsprogramm“ verabschiedet, um den „Abschluss von Rückübernahmeabkommen der Europäischen Gemeinschaft mit Drittstaaten zu forcieren“. Die Organisation von „Sammel-Rückführungen“ soll verbessert werden, eine EU-Richtlinie über gemeinsame Standards und Verfahren bei Rückführungen der Mitgliedstaaten ist in Vorbereitung. Die gemeinsame Einwanderungspolitik beschränkt sich auf länderübergreifende Abschiebungen und auf Gratis-Leichensäcke für die Kooperationsländer wie Libyen, Marokko, Tunesien und Mauretanien.

Die EU sichert die Grundfreiheiten des Kapitals – nicht die Menschenrechte.

Die LINKE tritt ein für eine grundsätzlich andere Politik. Niemand soll mehr flüchten müssen. Die Welt gehört uns allen, nicht einigen wenigen Reichen.

Brian Janßen, DIE LINKE im Wedding

Weddinger Blutmai 1929

1929 hatte der sozialdemokratische Polizeipräsident von Berlin, Karl Zörgiebel, die 1. Mai-Demonstration in Berlin verboten. Bei den trotz des Verbots stattgefundenen traditionellen Demonstrationen wurden von der Berliner Polizei 32 Menschen erschossen.

Über achtzig Personen wurden verletzt, von Polizeiknüppeln zusammengeschlagen.

DIE LINKE im Wedding erinnerte mit einer Ausstellung und einer Gedenkveranstaltung an den "Blutmai" vor 80 Jahren.



Winfried Rietdorf und Klaus Lederer am Gedenkstein an der Walter-Röber-Brücke (Wiesenstraße).